

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 261

Freitag, den 7. November 1902.

13. Jahrgang.

Abstimmungen.

Der alte Tribünenwitz „Die Stimmung des Hauses war heute Abstimmung“ traf für die ganze Donnerstag-Sitzung zu. Es gab über ein Duzend Abstimmungen, theils sachlicher, theils geschäftsordentlicher Art; darunter fünf namentliche. Dank der Schweigetaktik der Mehrheit, die von der Regierung schon im Voraus acceptirt worden ist, nahmen die Verhandlungen einen sehr lauen Gang, bis die unbezähmbare Knebel-Luft Derer um Camp, Kettich, Spahn eine urplötzliche Erhöhung der bisher sehr niedrigen Stimmungstemperatur herbeiführte und die Sitzung in eine ebenso heftige, wie zeitlich ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte auslaufen ließ.

Zu den wichtigen politischen Paragraphen 2, 3 und 4 schied sich die Majorität hartnäckig aus; auf geheimen Kabinettsbefehl des aus Sozialistenhaß die Geschäfte der Reaktion besorgenden Eugen Richter überließen auch die Mannen von der „Frei-sinnigen“ „Volks“partei den Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung die Aufgabe, Verbesserungsanträge zu stellen und zu begründen; nur, dafür zu stimmen, geben sie sich noch die Mühe. Die stete Opposition der paar demokratischen Zeitungen und Mitglieder in der „Volks“partei hilft nichts; Eugen's Diktatur scheint zu fest zu stehen.

Nicht der geringste Grund war vorhanden, durch den die Mehrheit sich bei der Verathung des Paragraph 4 hätte irgendwie „gereizt“ fühlen können. Trotzdem beantragte sie, gleich nachdem Genosse Fischer geredet hatte, Schluß der Debatte. Singer gab darauf die einzig richtige Antwort: er beantragte namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. Der Präsident stellte die Unterstufungsfrage. Unsere stark vertretene Fraktion, sowie die ebenfalls leidlich stark vertretene Vereinigung erhoben sich sofort; es bedurfte dagegen mehrfacher, sehr energischer Handbewegungen Barth's, um die paar im Saale anwesenden Volksparteiler zur Erhebung von den Sitzen zu bewegen.

Selbstredend wurde der Schlußantrag angenommen, unser Verbesserungsantrag dagegen — zum Teil wieder in namentlicher Abstimmung — abgelehnt. Die Polen stimmten mit der Majorität, die Nationalliberalen mit der Mehrheit.

Nun kam der Paragraph 5 an die Reihe. Er handelt von 301 freien Gegenständen und fast die merkwürdigsten Dinge, von Leichen und Särgen bis zu Flaggen und Orden, von alten Koffern bis zu Sechunden, zusammen. — Singer beantragte, mindestens über die Ziffern, zu denen Abänderungsanträge vorliegen, gesondert zu debattieren. Die Mehrheit aber, als deren Oberherrscher nach alter, schon zur Heizezeit bewährten Gewohnheit Spahn vom Reichsgericht fungierte, will die Guillotine arbeiten lassen und alle die schönen Gegenstände in einen Topf zusammenwerfen. Vergewaltigt führten Singer, Stadthagen, Barth, Brömel alle Gründe des Rechts, der Billigkeit, des parlamentarischen Verkommens in's Feld; die Mehrheit, die in der Debatte isweilen ein förmliches Wuthkonzert aufführte, setzte ihren

Willen durch; in eine namentliche Abstimmung freilich mußte sie trotz ihres Sträubens willigen.

Politische Uebersicht.

Am Katholizismus scheitert der Sozialismus nicht. Als Landtagskandidat war im Kreise Offenbach-Land seitens der Liberalen und Ultramontanen ein Bürgermeister Lammert aufgestellt worden, der eine große Leuchte der Zentrumsparthei ist und für den die himmlische Gendarmerte nach allen Regeln laplanokratischer Wahlkunst ins Zeug ging. Nun ist es hochinteressant, festzustellen, in welchen Orten sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden sind:

Bieber mit 2717 katholischen, 547 evangelischen Einwohnern, Diersheim mit 1693 katholischen, 93 evangelischen, Hausen mit 1013 katholischen, 10 evangelischen, Heusenstamm mit 1935 katholischen, 252 evangelischen, Lämmerspiel mit 637 katholischen, 23 evangelischen, Mühlheim mit 3642 katholischen, 602 evangelischen, Obersthausen mit 1378 katholischen, 47 evangelischen, Weiskirchen-Nembrechtsen mit 1162 kath., 33 ev., Klein-Aubeim mit 2063 kath., 56 evang. Einwohnern.

In diesen 10 Orten wurden 32 sozialdemokratische, in den übrigen 6 Orten 22 ultramontane Wahlmänner gewählt. Zu den letzteren 6 Orten gehört Kumpfenheim mit 91 katholischen und 1016 evangelischen Einwohnern. Der Sozialismus dringt siegreich vor, auch in den katholischen Gegenden.

Zum „Fall Waltrusch“ in Gumbinnen geht der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ eine, wie sie sagt, authentische Darstellung zu:

Waltrusch kam Abends stark betrunken nach der Kaserne. Er suchte aber nicht seine Stube auf, sondern ging in eine benachbarte Mannschafstube und warf sich dort auf ein Bett, in dem bereits ein anderer Kamerad lag. Dieser sträubte sich gegen den Eindringling, worauf Waltrusch den im Bette Liegenden zu würgen begann. Auf das Hilfeschrei des Letzteren kamen andere Kanoniere hinzu, rissen B. vom Bette zurück, schlugen, als auch sie angegriffen wurden, mit Peitschen auf ihn ein und drängten ihn auf den Korridor hinaus. Etwa vier bis fünf Schritte von jener Stubenthür ist ein Fenster, durch das offenbar B. auf den Hof hinausgerast ist.

Wo bleibt eine amtliche Aufklärung?

Die Berliner Universität und die russische Polizei. Von der Berliner Universität wird den „Vorwärts“ mitgetheilt:

Bisher mußten die Russen, die sich zur Immatrikulation meldeten, die Papiere vorlegen, die bezeugten, daß sie genügend vorbereitet seien; außerdem wurde ein ordnungsmäßiger Paß verlangt. Die Papiere wurden bei der Immatrikulation geprüft und sofort den Besitzern wieder eingehändigt. Seit Beginn dieses Semesters wird anders verfahren: die Papiere nebst dem Reisespaß werden den Studenten abgenommen und nach dem — Polizeipräsidium geschickt. Das Polizeipräsidium setzt sich mit der russischen zuständigen Polizeibehörde in Verbindung. Nach etwa zehn Tagen wird dann dem Studenten mitgetheilt, ob er immatriculirt werden könne oder nicht.

Das „Berl. Tzgl.“ hat sich an die Universitätsbehörde mit der Bitte um Aufklärung gewandt und folgende Auskunft erhalten:

Es ist Thatsache, daß seit einiger Zeit, und zwar seit den Polen- und Russen-Demonstrationen gegen die Vorlesungen des Prof. Schiemann, die Papiere der sich zur Immatrikulation meldenden russischen und polnischen Studenten der Polizei übergeben werden, damit diese untersuche, ob der Betreffende nicht etwa irgend welcher Umtriebe verdächtig ist. Die Anordnung gilt für sämtliche Berliner Hochschulen und ist im Einverständnis mit den Hochschulverwaltungen geschehen. Von Knebelung der freien Wissenschaft sei nicht die Rede. Bisher sei nur in einem Falle die Immatrikulation eines Studenten, der von der Polizei als verdächtig bezeichnet wurde, nicht erfolgt.

Also sind auch die deutschen Hochschulen Stützen des russischen Despotismus mit seiner Krute.

Das Zentrum und die Wahlen. Wie die „Germania“ erzählt, ist der Delegirtenstag der bayerischen Zentrumsparthei am 15. und 16. Dezember nach München einberufen worden. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Organisation der bayerischen Zentrumsparthei; Reichstagswahlen; die politische Lage Bayerns. Es findet eine Sitzung des Zentralkomitees, eine Zusammenkunft der Delegirten und eine große Volksversammlung statt.

Eine elektrische Abstimmungsmaschine an Stelle der Abstimmung durch Namensaufruf bringt die „Deutsche Tageszeitung“ zur Sprache, indem sie an frühere Erörterungen darüber erinnert.

Es ist richtig, daß 1874 im Reichstage die Einführung der elektrischen Abstimmung von freikonservativer Seite beantragt war. Abg. v. Lurub vertrat die Abstimmungsform mit Zetteln an zwei Saalthüren an Stelle der namentlichen Abstimmung. Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, ebenfalls einmal mit der Sache befaßt. Seine Geschäftsordnungscommission hat eine solche elektrische Anlage einstimmig gutgeheißen, das Plenum selbst sie jedoch verworfen.

Herr v. Siemens hatte sich 1874 erboten, im Sitzungssaal des Reichstages einen Abstimmungsapparat einzurichten. Es sollten auf dem Platz eines jeden Abgeordneten zwei Knöpfe angebracht werden. Durch den Druck auf einen von ihnen wird die Abstimmung Ja oder Nein bewirkt. Auf dem Platte wird ferner eine Schraube angelegt, die, aufgerichtet, die Abstimmung vor dem ganzen Hause sichtbar macht, bis der Präsident sie für geschlossen erklärt. An der Wand gegenüber dem Rednerpult — aber rechts und links von den Plätzen werden die Namen sämtlicher Mitglieder und daneben zwei Klappen angebracht, die die Abstimmung Ja oder Nein sichtbar machen. Darunter stehen drei Zifferblätter, von denen eins die Summe der Abstimmungen mit Ja, eins die der Abstimmungen mit Nein augenblicklich anzeigt, während das dritte zugleich als Kontrolle die Summe aller abgegebenen Stimmen zeigt. Auf einem Papierstreifen, der mit sämtlichen Namen bedruckt ist, wird an dem Apparat die Abstimmung neben den Namen gedruckt, und der Streifen kann durch eine Umkehrvorrichtung in kurzer Zeit vervielfältigt werden. Die Abstimmung sollte etwa 30 Sekunden erfordern und die Firma Siemens u. Halske wollte die Ausführung auf die Gefahr hin übernehmen, den ganzen Apparat ohne Entschädigung wieder zu entfernen, falls er die zugesicherten guten Dienste nicht leistet; erst, wenn der Reichstag diese anerkannt haben würde, sollte die Erstattung der Selbstkosten erfolgen.

Abg. Windthorst-Meynen scherzte über die Einrichtung und fragte, ob es auch sicher sei, daß es mit diesem Apparat gehen und man immer den richtigen Knopf drücken werde. Auf Antrag des Abg. v. Stauffenberg gelangte die Resolution zur Annahme: „Das

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

Das meiste Vergnügen hatten Bartuschewski und Arthur; sie bestanden darauf, Bertha mußte sich zwischen Beide legen. Diese that es lächelnd, aber sie blinzelte Mitleid dabei zu — die brauchte keine Angst zu haben, sie würde ganz genau, wie weit man sich die Männer kommen lassen durfte.

Bartuschewski klopfte an sein Glas; man dachte, er würde das Brautpaar leben lassen, aber er rief: „Fräulein Bertha, hoch soll sie leben! Hoch, hoch, hoch!“ Als keine Frau mit ihm anstoßen wollte, wurde er geradezu grob. „Eifersüchtiger, Dile?! Wehe, man hat nicht alle Tage Kuchen. Ich man ab, Du olles Kommissbrot!“

Er war erdicht schon etwas angeäußelt. Sie waren es größtentheils alle. Die Kinder sollten nun den Tisch; hier, eine von den schönen Mühlner'schen Tassen stürzte zur Erde — Scherben.

Ein dicker, undurchdringlicher Tabakqualm hing hinauf zur Decke. Der Durst wuchs. Bartuschewski erbot sich, in eine nahegelegene Kneipe zu gehen und noch mehr Bier zu holen. „Bringen Sie auch ein paar Weisse mit“, rief Vater Reische ihm nach.

Als er wiederkam, beide Arme voll Flaschen, behauptete er, Herr Reische habe bestellt: „Ein paar Schnäpse“. Aus seinen hinteren Hosentaschen holte er eine Flasche Nordhäuser Korn vor.

Der Alte schmunzelte; Nordhäuser war für den Magen sehr zuträglich, besonders nach so fettem Essen. Das fanden sie alle. Frau Bartuschewski hatte schon über Magenbeschwerden geklagt und Frau Reische sich ein paar Knöpfe an der Taille geöffnet.

Die Männer saßen in Hemdärmeln. Es war drückend heiß in der Stube. Die Scherben waren dick angelagert, aber Niemand öffnete ein Fenster. Bewahre, lieber ein bißchen mollig!

Frau Reische hielt jetzt den Augenblick für gekommen, in dem ihr Wunderkind seinen Gesang produzieren und zum Schluß dem Brautpaar ein Staubmich-Körbchen überreichen sollte. Aber Bartuschewski kam ihr zuvor; er hatte seinen drei Aeltesten etwas einstudirt.

Auf seinen Wink traten sie vor das Brautpaar und plärzten einträchtig das Gedicht vom Klapperstorch herunter, das Herr Bartuschewski zu dieser Gelegenheit einigermaßen umgedichtet hatte. Der Vortrag fand großen Beifall von Seiten des Vaters, der seine Kleinen zur Belohnung einmal ordentlich nippen ließ; sie tranken mit zufriedenen Augen.

Arthur war von diesen Anspielungen sehr unangenehm berührt; er warf einen schmerzlichen Blick auf Friedrich, hörte auf zu lachen und brütete stumm vor sich hin.

Elli hatte auf der Lauer gestanden, Primadonnenweid im

Herzen; nun schmetterte sie los. Es war kein glücklicher Gedanke, daß sie anfang mit:

„Alma, un're Alma ging futsch uns Knall und Fall.“ In Reische's Gesicht begann es zu arbeiten und zu jucken, er zog sein buntes Taschentuch, schüttelte sich, und nun fing er plötzlich an, laut zu weinen.

„Trude, un're Trude“, schluchzte er. Aber der Refrain, vom ganzen Chor wiederholt, überbraute bald sein Schluchzen.

„Alma, Alma, wo mag das Mädchen sein? Vielleicht ist ein Malheur passiert, Wer weiß, ob sie noch existirt!“

Mutter Reische sang kräftig mit. „Wat hilft Allens“, sagte sie während einer Gesangspause zu Bertha, „renmal will man doch noch verjüngt sein. Et is doch Allens Wumpis, bis wer in de Trube fahren.“

„Wissen Se“, flüsterte Bertha zurück, „de Schmettana war auch nich viel weiter her, wie aus'n Keller. De Trude wird schon sein raus sein.“

„Meenen Se? Na, da hätte se ooch wat schicken können zu de Hochzeit.“

Mine stieß ihren Mann an. „Du, sag Elli, se soll ushören mit das Lied. Vater meint so.“

Der junge Ehemann sah seine Frau an — gutmüthig war sie, das mußte man ihr lassen! „Willst du gleich stille sein“, herrschte er die Schwester an, „hör' auf mit dem Quatsch!“

„Na, was soll ich denn singen? Denn singe ich jarnich“, schmolle die Kleine.

„De mußt doch nich, Ellchen?“ rief die Mutter erschrocken. „Laß ihr doch, Arthur! Wenn Vater so dämlich is, is der seine Sache. Ellchen, der von die gute Tante aus Kuppin“ oder noch schreiter, der von die Liebe!“ Wehe nicht?“ Und die Mutter begann mit schreieriger Stimme, mit Hand und Fuß den Takt schlagend:

„Ich wuß' nich, was die Liebe is —“ Und led fuhr die Tochter weiter fort:

„Ich kannte mich nicht aus, Den Arthur, einen Jugendfreund —“

Grete stand plötzlich neben der Schwester und gerete sie am Kleide. „Sollte — nich singen! Nich — nich!“

Elli beachtete sie nicht. „Den frag ich deshalb aus. Er führt mich in ein Restaurant —“

„Nich, nich!“ Grete preßte Elli die Hand auf den Mund. Nun freischte die Kleine erst recht:

„Schenkt mir Champagner ein, Und läßt —“ „Ne, ne — sollte nich — nich!“ Nun wurde Elli während; sie wehrte sich. „Dumme Grete!“

Und küßt mich auf den Mund Und sagt: —“

„Laß los! Au, Mama, sie freißt mir! Au, laß los!“ Grete ließ nicht los, trotzdem Elli mit den Füßen stieß und kratzte.

„Wirst verreckt, Grete?“ Eben wollte Mutter Reische Ellchen zu Hilfe eilen, da blieb sie verdußt stehen.

Grete hatte auch ihre Stimme erhoben, mit dem eigenen Gesang verdeckte sie Elli's Geheiß zu überhören.

Aber von der Strophe: „Es kommt bald die Stunde, Es ist bald die Stunde, Wo Jesus als Richter erscheint, D ret' Deine Seele“

verstand man nur einzelne herausgehobene Worte. Es gelang ihr nicht, Elli zum Schweigen zu bringen.

Diese sang dagegen, jede Silbe deutlich artikulirend: „Von Trinken, Rüssen ward mir schwül —“

„— Jesus — Richter erscheint —“ „Rett — — Deine — Seele!“

flammte Grete. Elli ließ sich nicht beirren, unentwegt sang sie weiter, schelmisch ihr Ziargericht an die Lippen legend:

„Ja, ja, im Rausch, da war es, Nein, nein, ich sag' es nicht, Im Rausch passiert oft Vieles, Wovon man nicht gern spricht!“

Ein schallendes Händeklatschen, ein lachendes Bravo belobte sie.

Grete warf einen verzweifelten Blick umher, dann gab sie den ungleichen Kampf auf. Den Kopf tief geneigt, schlich sie zur Thür. Niemand hielt sie zurück.

Bartuschewski schlug auf den Tisch — nein, das war doch ein zu kühler Spag gewesen, die lange Dünne mit dem Weiskarmee-lid! Er wand sich vor Lachen.

„Die sollten Se bei de Weiskarmee anbringen, Madam Reische id sage Ihnen, die macht Fetore!“ Und er begann, die Augen verdrehend, mit quälender Fieselstimme Grete nachzuahmen.

Mutter Reische war nun doch getränkt; wenn's auch bloß die Grete war! Bismlich scharf verwies sie Herrn Bartuschewski die unpassenden Fazen; im Stillen beschloß sie, dem verdächtigten Mädchen jeden Besuch bei der Weiskarmee streng zu verbieten. „So 'ne Blawage“, brumnte sie in sich hinein. „Aber Dreische, Dreische soll se kriegen, laß mir nur nach Darte kommen!“

Friedrich war auf Mine's Schooß eingeschlafen; ohne bequeme Stütze baumelte ihr das Köpfchen hin und her.

besten Vorschläge dem Verständnis oder der Abneigung der bürgerlichen Mehrheit zum Opfer. Die Herren haben oft geradezu über die selbstverständlichen Forderungen. So erregte es große Verärgerung, als ich bei der Vorlage betr. die Anstellung der Schulärzte forderte, diese sollten auch die Fächer der Schulärzte untersuchen. Man lasse, obwohl meine Forderung von ärztlicher Seite durchaus unterstützt wurde. Vielleicht dahingehender Natur: Wozu brauchen die Proletarierkinder gesunde Fächer, sie haben ja doch nichts zu beifügen. (Große Heiterkeit.)

Nachdem ich mit anderen Anregungen beim Submissionswesen, beim Fortbildungsschulwesen, den Brausebädern u. wie Redner im Einzelnen auseinandersetzt. Und wie lobt man städtische Arbeiter und Unterbeamte. Die Schaffner an der schönen rothen neuen Straßenbahn bekommen ein Anfangsgehalt von monatlich 60 Mark, die Weichensteller u. gar ein solches von 80 Mark, das nach drei Jahren um drei Mark monatlich steigt, bis es nach neun Jahren bis auf die schwindelnde Höhe von 120 Mark monatlich steigt. Unsere Anregungen auf Verbesserung hat man entschieden zurückgewiesen, wie ich heute erst wieder erfahren mußte. Bei den Gehältern der hohen Beamten geht man allerdings bereitwilliger an Erhöhungen, während man den kleinen Beamten damit tröftet, daß Mietben und Lebensmittel bald wieder billiger werden. Redner fordert zum Schluß zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten auf. (Große Beifall.)

Redakteur Vöbe: Die Breslauer Arbeiter sind bei ihren Stadtparlamenten bisher nicht so glücklich gewesen, als die Genossen anderer großer Gemeindefestungen, z. B. die Berliner. Selbst kleine Städte, wie Bunsau, haben uns überflügelt. Das liegt nicht an der Schwäche unserer Partei, sondern am Wahlrecht. Und ist es vor 4 Jahren zum ersten Mal gelungen, zwei Genossen ins Stadtparlament zu senden, weil wir alle Kräfte auf einen Bezirk konzentrierten. Vor zwei Jahren kamen wir zum ersten Mal in eine, allerdings erfolglose Stichwahl. Bis zu ein paar Stichwahlen wollen wir es auch am 12. November mindestens bringen. Was wir aber erreichen, wir kämpfen wenigstens um unseren ethischen Namen als Sozialdemokraten, während alle bürgerlichen Kandidaten sich hinter „unpolitische“ Parteien verstecken und sich schämen, ihre Annahmen bekannt zu geben. So kommt es, daß ein Herr ... als sozialistischer Kandidat fungiert, während er vor zwei Jahren als Freiwirtschaftler auftrat, so entsteht auch die unsichere und unaufsichtliche Haltung des Herrn Weide. Wir sagen offen: unsere Kandidaten sind Sozialdemokraten, als solche wollen wir stehen oder unterliegen. Eine Verstärkung der sozialdemokratischen „Fraktion“ ist sehr wohl und wenn wir uns auf die Tätigkeit der Genossen Brühns und Schütz berufen, die nicht nur Kritik geübt haben, sondern auch positive Vorschläge dem Kollegium unterbreitet haben, dann sind wir gut empfangen. Tun Sie in diesen Tagen Ihre Pflicht, helfen Sie am Sonntag und am Wahltag, und wer von uns auch immer gewählt wird, er wird sein Amt in Ihrem Interesse verwaltet. Sind Sie in diesen Tagen auf dem Plage, dann können wir es später sein. (Lebhafte Beifall.)

Arbeitssekretär Neufirk: Ich bin auch überaus froh, daß die Diefich-Dunder'schen Gewerkervereine, die sich sonst mit ihrem Fernhalten von aller Politik so sehr brüsten, nun auf einmal in den Kampf rücken, um Stadtparlamenten aus ihren Reihen zu wählen. Bisher waren diese Herrschaften bei anderen Gelegenheiten, z. B. den Gewerkerparlamenten, überaus zurückhaltend, obwohl es hier für sie ein einfaches Gebot der Pflicht wäre, zu zeigen, daß ihnen eine Einrichtung, wie das Gewerkerparlament, nicht gleichgültig ist. Im Uebrigen dürften die Herren von den Gewerkervereinen, die hier über etwa 1000 Mann kommandieren, bei den Stadtparlamenten nicht große Siege erwarten, und wenn es ja einem dieser sozialistischeren Herren einmal gelingen sollte, in das Stadtparlament einzugehen, würde er vielleicht so ruhig werden, wie ein gewisser Wolf, der auch zuerst den Mund recht voll nahm, im Kreise der Stadtparlamenten aber sehr still war und zuletzt sein Mandat niederlegte. Solche und ähnliche Herren gehören nicht in eine Versammlung, die über das Wohl und Wehe von Hunderttausenden mit zu entscheiden hat, in welcher die Vertreter der Arbeiter insbesondere die Interessen der Armen und Kranken zu verteidigen haben. Da sind z. B. die Gemeindegewerker sehr zu berücksichtigen. Es ist leider Thatsache, daß ein Theil von ihnen mit Börsen abgesondert wird, die nicht das Maß des ortüblichen erreichen. Seit dem 1. Januar d. Js. beträgt nach der Bekanntmachung des Regierungspräsidenten das ortübliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter 2.40 Mark. Der Magistrat aber genügt sich nicht, Tagelöhne von weniger als 2.40 Mark zu zahlen, und die Herren vom sogenannten Mittelstande, die Bäcker, Fleischer, Gastwirthe u. die auch zu leiden haben, wenn der Arbeiter kein Geld besitzt, schreiben über Begehrlichkeit, sobald die Frage der Erhöhung der Arbeiterlöhne gestellt wird. Ist der Arbeiter in städtischen Diensten alt und schwach geworden, so wird er nicht mit seinem bisherigen Lohn pensioniert, sondern man weist ihm bei geringerer Löhne zu anderer Arbeit, und geht es mit ihm gar nicht mehr. So bekommt er eine kleine Rente, auf die er kein Anrecht hat. Hierbei ist auch zu erwähnen, daß die organisierten Gemeindegewerker, die im Dezember 1901 wegen Verbesserung ihrer Lage petitionierten, noch bis heute vom Magistrat keine Antwort erhalten haben. Dagegen ist im vorigen Jahre der Leiter der Organisation aus nichtigen Gründen entlassen worden. Auch sonst hat die werkschädliche Bevölkerung Breslaus Ursache zu Klagen über die Stadtverwaltung. Sie war schnell dabei, ihre Zustimmung zur Errichtung von Juniorschiedsgerichten zu geben, die eine offensbare Schädigung der von ihr Recht streitenden Arbeiter bedeuten, während es mit dem städtischen So. So. beim Gewerkerparlament noch recht eigenartig aussieht. Die Armenunterstützung wird dann gewährt, wenn der Antragsteller naht und bloß das heißt und somit ihm später eine Invalide- oder Altersrente bewilligt wird, zieht ihm der Magistrat die gewährte Armenunterstützung von der obigen kleinen Rente ab, die manchmal kaum zur Deckung der Schulden reicht. Ebenso hat oft das Befahren bei der Einkreibung von Steuern. Selbst Beträge, die seit länger als drei Monaten fällig sind, wurden noch, wie im Arbeiter-Sekretariat beobachtet wurde, entgegen den Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmengesetzes, gepfändet. Zu allem geübt sich die Schlichter, gegen deren Aufhebung sich die bürgerlichen Herren im Stadtparlament nur deshalb sträuben, weil sie vor einer Erhöhung der direkten Steuern zurückschrecken. Der Arbeiter, der mit seiner Familie im Jahre noch nur 50 Pfund Fleisch verbraucht, wird ruhig mit einem Zuschlag von 160 Proz. einverstanden sein, denn er gewinnt dabei noch. Aber die großen Einkommen müssen geschützt werden. Darum bleibt es bei der Schlächter, die selbst den Renten- und Almsenempfänger trifft, indem sie ihm die Weltwirtschaft, die Erbschaft vererbt, die er als seltene Delikatesse betrachtet. Es sollte Angehörige dieser für jeden Handwerker und Arbeiter gar nicht zweifelhaft sein, wenn er bei der Stadtparlamentenwahl seine Stimme giebt. Die Stimmen müssen der offen und ehrlich kämpfenden Sozialdemokratie zufallen, deren Vertreter noch mehr als bisher leisten werden, wenn ihre Zahl eine Vermehrung erfahren haben wird. (Lebhafte Beifall.)

Kassendirektor Bergmann fordert auf zum muthigen Bekennen der sozialdemokratischen Gesinnung bei der öffentlichen Abstimmung. Auch die Gegner müssen, wie Redner an einem Beispiel aus seinen Wahlerfahrungen zeigt, einen Arbeiter, der offen seine Gesinnung bekundet, viel höher achten, als Leute, die sich feige ducken und gegen ihre innere Ueberzeugung stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen und der Auforderung, am Mittwoch, den 12. November, eifrig für die gute und gerechte Sache zu wirken, schließt der Vorsitzende Neufirk die vorrätlich verlaufene Versammlung.

Breslauer Stadtparlamenten-Versammlung.

Ein recht lehrreiches Ergebnis brachte das Schicksal des Antrages Brühns, den Feuerwehrmännern eine bescheidene Gehaltserhöhung zu gewähren. Der Antrag, der die in dreijährigen Perioden gewährten Alterszulagen für

Oberfeuerwehrmänner von 100 Mk. auf 120 Mk., für Feuerwehrmänner von 80 Mk. ebenfalls auf 120 Mk. erhöhen will, wurde im Ausschuss einstimmig abgelehnt. Nur eine fünfte Gehaltsstufe mit 80 Mk. Steigerung beschloß der Ausschuss für Feuerwehrmänner zu schaffen, sodas deren Höchstgehalt 1400 Mk. statt 1320 Mk., wie es die Magistratsvorlage will, betragen würde. Unser Genosse Brühns vertrat gestern nochmals entschieden seinen Antrag und brachte mit der Feststellung, daß man bei der Erhöhung von Bürgermeistergehältern erheblich bemilligungsfreudiger sei, den Herrn Oberbürgermeister auf den Plan. Dieser legte die Aeußerung Brühns ganz willkürlich dahin aus, er wolle das Gehalt der Bürgermeister in einen Vergleich zu dem der Feuerwehrleute bringen, während Brühns selbstverständlich nur den größeren Bewilligungseifer bei der Erhöhung der großen Gehälter festnagelte. Das Stadtparlament blieb bei seiner unwarhnen Auslegung auch nach einer nochmaligen Erklärung des Stadtparlamenten Brühns und unterstellte ihm sogar, er habe einen vorher gezogenen Vergleich ableugnen wollen. Die aus der Versammlung kommende Erhöhung von Beamtengehältern erklärte Herr Dr. Bender für sehr gefährlich und bekämpfte deshalb sogar den Magistratsantrag. Der Magistrat verliere so den Boden unter den Füßen, die Beamten würden unzufrieden, und wenn eine einzelne Beamtenkategorie herausgegriffen und im Gehalt besser gestellt würde, empfänden das andere Beamte als Zurücksetzung. Merkwürdig, daß solche Bedenken auch immer nur dann geäußert werden, wenn es sich um kleine Beamte handelt. Kein Magistratsmitglied hat ein Bedenken geäußert, als z. B. die Pension des bisherigen zweiten Bürgermeisters weit über das gesetzliche Maß hinaus erhöht wurde. Würden sich da nicht andere, mindestens ebenso verdiente Beamte zurückgesetzt gefühlt haben? Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes! Herr Stadtrath Dr. Rive sang das Loblied des Magistrats aus voller Brust, und sprach von den Wohlthaten und dem ganz außerordentlichen Entgegenkommen gegen die Feuerwehrmännern in der Magistratsvorlage. Thatsächlich kann davon gar keine Rede sein. Der Magistrat hat den Feuerwehrleuten nur ihr ganz selbstverständliches Recht gegeben, als er sie zu Kommunalbeamten machte. Er hat es auch nicht einmal ganz freiwillig und aus sich heraus gegeben, sondern erst, nachdem die Feuerwehrleute darum ersucht hatten, mit dem Hinweis auf eine reichsgerichtliche Entscheidung, nach welcher Feuerwehrleute als Kommunalbeamte im Sinne des Gesetzes angesehen werden müssen. Stadtparlamenten Brühns schnitt man die Möglichkeit, auf all die falschen Behauptungen zu antworten, durch Annahme eines Schlußantrages ab. Das war sehr liberal!

Bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters siegte zur großen Ueberraschung und zum Aerger vieler Herren nicht der vom Ausschuss vorgeschlagene Kandidat, Stadtrath Mühl, sondern sein Konkurrent, Stadtrath Jaenicke.

Ob. Justizrath Dr. Freund eröffnete um 4 1/2 Uhr die Sitzung. Die vorliegenden Sitzungsprotokolle der Betriebsdeputation wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Ohne Debatte genehmigt, nach den Magistratsanträgen, wo solche dazu vorlagen — wurden hauptsächlich folgende Vorlagen: Fluchtlinienplan für die Dammstraße; Erneuerung des Magistratsassessors Dr. Gradewitz zum Mitglied der Armenadministration; Uebertragung der elektrischen Kraft auf den Gemeindefriedhof der städtischen und der Breslauer Straßenbahn; Heranziehung der Gehälter der Parast. mit 5000 Mk. zu den Kosten des Ankaufs von zwei Wintermarktbländen; Ernennung des Oberförsters Hauff zum Mitgliede der Land- und Forstdeputation; Druck eines Katalogs der in der Stadtbibliothek vorhandenen Schriften über Breslau; Fluchtlinienplan für den Stadtteil südlich von den Teichäckern und für das Grundstück Werderstraße 13; Festsetzung der pensionsfähigen Dienstzeit des Stadtarztes Doktor Dehbecke; Anschluß der Landgemeinde Morgenau an die städtische Wasserleitung und Kanalisation; Mietbung eines von Rauenmeister Jung im Hinterlande von Paradiesstraße 9 aufzunehmenden Gebäudes für die katholische Knabenmittelschule.

Zu der Vorlage des Magistrats, betreffend die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Feuerwehr hatte Stadtparlamenten Brühns beantragt, unter II zu setzen: a) Die Oberfeuerleute auf 1500 Mark, steigend alle 3 Jahre um 120 Mark bis auf 1860 Mark; b) die Feuerleute auf jährlich 1080 Mark, steigend alle 3 Jahre um 120 Mark bis auf 1440 Mark. — Die Vorlage des Magistrats, wie der Antrag Brühns wurden dem Ausschuss I überzweigt, welcher Annahme der Magistratsvorlage empfiehlt mit der Maßgabe, daß II lautet: „Die Feuerleute auf jährlich 1080 Mark, steigend alle 3 Jahre um 80 Mark bis auf 1400 Mark.“

Der Berichterstatter Schürmann begründet den Ausschussantrag. Stadtparlamenten Heintz erwartet, daß die Vorlage keine rückwirkende Kraft habe. Stadtrath Rive bestätigt dies als selbstverständlich.

Stadtparlamenten Brühns bittet, seinen Antrag anzunehmen. Es handelt sich nur um eine Kleinigkeit, die für die recht gering besoldeten Feuerleute aber von Bedeutung ist. In anderen Großstädten ist sowohl Anfangs- wie Höchstgehalt dieser Beamten höher, trotzdem in Breslau das Leben theurer ist. Berlin hat erst vor Kurzem das Anfangsgehalt seiner Feuerleute auf 1200 Mk., das Höchstgehalt auf 1600 Mk. normirt. Man würde hier in weiten Kreisen die Ablehnung des Antrags nicht verstehen, um so weniger, als man bei der Erhöhung der Gehälter hoher Kommunalbeamter sehr bewilligungsfreudig ist. Ist doch z. B. erst kürzlich das Gehalt des zweiten Bürgermeisters von 12,000 auf 15,000 Mark erhöht worden.

Oberbürgermeister Dr. Bender meint, man könne doch nicht das Gehalt des Bürgermeisters mit dem eines Feuerwehrmannes in Vergleich stellen. Es sei sehr gefährlich, aus der Versammlung heraus solche Anträge zu stellen und Versuche zu machen. Dadurch werde der Verwaltung der Boden entzogen. Herr Brühns machte mit seinen Anträgen die Feuerwehrleute nur unzufrieden mit den bisherigen Gehaltsverhältnissen. Für die jetzt besoldeten Gehälter könne man viel mehr Leute bekommen, wie man brauche.

Stadtp. Brühns: Der Grundtag, daß Angebot und Nachfrage die Gehaltshöhe regeln, könne doch in der Stadtverwaltung keine Geltung haben. Somit können wir zu schlimmen Zuständen. Er sei nicht so kindisch, zu verlangen, daß das Gehalt der Feuerleute nach dem des Bürgermeisters bemessen werden müsse, er habe nur einen Vergleich gezogen zwischen der Bereitwilligkeit, die Gehälter der hohen Beamten zu erhöhen, und der Abneigung, dasselbe bei den kleineren Beamten zu thun. Die kleine Gehaltserhöhung sei den Feuerleuten um so mehr zuzupredigen, als sie durch das Verbot, Privatarbeiten zu leisten, materiell schlechter gestellt worden sind.

Oberbürgermeister Dr. Bender behauptet, Brühns wolle jetzt den gegozogen Vergleich zwischen dem Gehalt des Bürgermeisters und den des Feuerwehrmannes betreiben. Das Verbot der Privatarbeit sei nöthig gewesen, hätte die Leute auch kaum geschädigt. Nach Angebot

und Nachfrage wolle er die Gehälter der städtischen Beamten nicht regeln, wie er hier ausdrücklich feststellte, damit nachher nicht Verärgerung wieder in der „Volksrecht“ käme. Aber eine gewisse Berechtigung sei dem Grundtag auch hier nicht abzuzupredigen. Man könne höhere Beamte, wie die Stadtparlamenten, seien nur nach erfolgter Gehaltserhöhung zu haben geneigt.

Stadtrath Rive läßt aus, daß andere Beamten-Kategorien von gleichem Range, wie die Feuerwehrleute, in einer weiteren Erhöhung der Gehälter für die Feuerwehrleute eine Ungerechtigkeit erblicken würden, wenn ihnen die Gehälter nicht auch erhöht würden. Den Feuerwehrleuten sei außerordentliches Entgegenkommen in der Magistratsvorlage erwiesen.

Ein Schlußantrag, vom Stadtp. Biller bekämpft, vom Stadtp. Simon I bekräftigt, wird angenommen und darauf die Vorlage nach dem Ausschussantrag genehmigt.

Bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters wurden 86 gültige Stimmen abgegeben, von denen 43 auf Stadtrath Mühl und 43 auf Stadtrath Jaenicke fielen. Da keiner derselben die Mehrheit erhielt, mußte nach der Geschäftsordnung noch einmal zur Wahl geschritten werden. Beim zweiten Wahlgang wurden 67 Stimmen abgegeben. Es erhielten Stadtrath Jaenicke 46 und Stadtrath Mühl 41 Stimmen. Ersterer ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Der Fluchtlinienplan für die zwischen Park- und Hohenlohestraße liegende Parallellstraße zu diesen beiden, die die Scheitniger Endstation der Breslauer Straßenbahn aufnehmen soll, ging ohne Debatte an den Grundeigentümern und den Bauausschuss.

Ausstellungskosten. Der Magistrat beantragt, daß zur Deckung der Kosten der Beschaffung der deutschen Städteausstellung 1903 in Dresden ein Bauquantum von 50,000 Mark in den Etat pro 1903 eingestellt wird. Der Berichterstatter Dettinger empfiehlt, die Vorlage dem Ausschuss V zu überweisen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Hierauf trat die Versammlung kurz vor 6 1/2 Uhr in eine geheime Verathung ein.

Vollstreckung des sozialdemokratischen Vereins.

Die Billetausgabe zur nächsten Volksvorstellung findet Montag Abend 7 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Auch Billets zum Volkskonzert sind daselbst noch zu haben.

Die nächste Volksvorstellung findet Sonntag, den 16. November, statt. Zur Aufführung gelangt Maurice Maeterlincks Drama „Monna Vanna“ (Frau Johanna).

Ein Sozialistenprozeß fand Mittwoch vor dem Landgericht in Deuthen statt und zwar vor der durch den Prozeß gegen Golbe und Morawski bekannt gewordenen Urndtkammer. Es handelte sich um eine Anklage gegen den Gewerkschaftsbeamten des Bergarbeiterverbandes Franz Scholtyssek aus Königshütte O. S. wegen Unreizung zu einer Klassenhah (Vergehen gegen § 13 Str. G. B.). In einer Bergarbeiterversammlung, die Scholtyssek in seiner Wohnung abhielt und in der 25 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zugegen waren, hat im Monat September Gen. Scholtyssek eine Rede gehalten. In dieser Rede, die vom Zweck der Organisation handelte, soll Scholtyssek nach den Angaben des überwachenden Polizeibeamten die Kapitalisten mit Raubthieren verglichen haben, die Kapitalisten seien noch schlimmer als Raubthiere: wenn diese nur die großen Brocken freffen und die kleineren den kleinen Thieren überlassen, so rauben die Kapitalisten, auch wenn sie satt sind, immer weiter. Diese Aeußerung, die nur von dem Polizeibeamten bezeugt wurde, während die drei übrigen Zeugen, die an der Versammlung Theil genommen hatten, sich ihrer nicht erinnern konnten, soll nach der Meinung der Anklagebehörde geeignet gewesen sein, die Zuhörer zum Klassenhah aufzureizen; er beantragte deswegen gegen den Angeklagten eine neunmonatliche Gefängnisstrafe. Der Verteidiger, Dr. Reumann aus Deuthen O. S., führte die Verttheidigung des Genossen Scholtyssek mit großem Geschick und großer Sachkenntnis; von dem Beweisgebäude des Staatsanwalts blieb auch nicht ein Stein auf dem anderen. Die Urndtkammer, von der man eine Freisprechung kaum erwartete, da ihre Urtheile in Sozialistenprozessen dazu auch nicht im geringsten Veranlassung gegeben, erschien mit einer freisprechenden Entscheidung aus dem Verathungszimmer.

Herr Landgerichtsdirektor Arndt konnte es sich, das sei noch erwähnt, nicht versagen, wieder einmal mit einer Aeußerung an Frauen, die sich im Zuschauerraum des Gerichts befanden, hervorzutreten, die man sonst nicht kennt und die wohl auch nicht ganz am Plage ist. Er rief diesen Frauen zu: „Was wollen denn die Weiber hier?“ In einem früheren Falle hatte er einen noch schärferen Ausdruck gewählt; er hat sich also gebessert. Vielleicht unterläßt er in Zukunft auch die Rede an die „Weiber“.

Die schwarzen Pöden. Im Knappschaftsazareth zu Bielechowitz, Kreis Zabrze, ist, wie der „Schlef. Zig.“ berichtet wird, bei dem Häuer Piontel aus Antonienhütte der Ausbruch von schwarzen Pöden vom Kreisarzt festgestellt worden. Die Infektion hat wahrscheinlich durch den Verkehr mit ausländischen Arbeitern, welche bei der Neubautrede Koschlowitz-Bielechowitz beschäftigt werden, stattgefunden. Die umfassendsten Maßnahmen zur Verhütung einer Weiterverbreitung sind getroffen.

Aufregende Szene. Mittwoch Abend ereignete sich auf der Paradiesstraße eine aufregende Szene. Straßenpassanten hatten beobachtet, daß auf einem Dach der an der Brandstelle vom Montag Nacht gelegenen Häuser, sich ein Mann befand. Man benachrichtigte einen Schuttmann davon, und dieser machte sich in Gemeinschaft mit einem Kollegen sogleich an die Befreiung des Mannes, welche jedoch resultatlos verlief. Es ist daher nicht aufgekärt worden, ob man es mit einem der Brandflüster zu thun hatte oder ob es sich um einen groben Unfug handelte. Der Vorfall hatte eine ungeheure Menge Schaulustiger angezogen. Einige Wirthe haben in Folge der Brände ihre Häuser ganz gehörig verwahrt und alle Möglichkeiten befestigt, vom Dach in die Bodenräume einzusteigen.

Darlehens-Schwindler. Ein etwa 35 Jahre alter Mann, der sich Albert oder auch Carl Fischer nennt, annoucierte in Zeitungen, daß er Darlehen zu vergeben habe und meidet sich auch andererseits auf Annoncen von Darlehenssuchenden. Er verspricht dann in der Regel den betreffenden Personen die Besorgung des Geldes bis zum nächsten Tage, läßt sich aber dafür in Voraus Provision von 6—12 Mark behändigen. Alsdann hört man keine Thätigkeit auf und die Darlehenssuchenden sind um diese Provision gebrüllt. Von ihm geschädigte Personen werden erucht, sich im Zimmer 48 des Polizeirathhauses zu melden. Der Schwindler ist mittelgroß, hat volles rundes Gesicht und große Ohren.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 5. d. Mts. 89 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Hwanzignarkett, ein Portemonnaie mit Inhalt, eine Pelzboa, ein blauer Damentasch und ein Spazierstock mit Hirschhornkrüde. — Zugelassen ist: ein Falan. — Verloren wurden: ein Portemonnaie mit 203 Mk. eine Brosche in Goldfassung mit Hystographie, eine ... te ... Metallion, ein Stief mit silberner Krüde ... ußfeder.

Deutscher Reichstag.

210. Sitzung. Donnerstag, den 6. November. 12 Uhr.

Zur Bundestatsrat: Graf von Posadowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

§ 2 bestimmt in der Fassung der von der Kommission angenommenen Regierungsvorlage, daß den Gewichtsmaßen im Allgemeinen das Reingewicht, bei Waaren bis zu 5 Mt. Zoll aber das Rohgewicht zu Grunde gelegt werden soll.

Die Abgeordneten Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen: 1. daß die Zölle überall nach dem Reingewicht erhoben werden sollen.

Abg. Wollensbahr (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Die Kommissionsbeschlüsse bedeuteten eine erhebliche Verlastung des Handels. Wollensbahr will es führen, wenn der Bundestatsrat bestimmen sollte, die Waaren werden nach dem Rohgewicht, jene nach dem Reingewicht verpöht.

Unterstaatssekretär v. Fischer bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. Die jetzigen Bestimmungen bestehen bereits seit 40 Jahren und es wäre verfehlt, sie zu ändern.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) tritt ebenfalls für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Brömel (fr. Vg.): Bei diesen zollrechtlichen Fragen können wir uns nicht auf die Person eines Staatssekretärs verlassen, sondern wir brauchen dauernde Rechtsinstitutionen. (Sehr richtig! links.) Das ist notwendig, besonders in einer Zeit wie der heutigen, wo man von manchem Staatssekretär, sobald er einmal mit etwas Nachdruck auftritt, sagen muß: „Heute noch auf solchen Koffen —“ (Unruhe links.) Ich halte es für geboten, die Forderungen der Sozialdemokraten, daß die Anordnungen des Bundestatsrats dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, auch auf die Zölle auszudehnen. (Redner überreicht dem Präsidenten einen dahingehenden Antrag.) Der Reichstag würde dadurch in die Lage kommen, Beschwerden gegen die Festsetzung von Zöllen zu prüfen.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt sich auch gegen den Antrag Brömel.

Abg. Stolle (Soz.) plaidiert nochmals für den Antrag Albrecht.

Abg. Singer (Soz.) zieht einen Teil des Antrags Albrecht zu Gunsten des von erweiternden Antrags Brömel zurück.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Albrecht, überall das Reingewicht gelten zu lassen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der zweite Antrag Albrecht, der die Befugnisse des Bundestatsrats streichen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 6 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Brömel mit 132 gegen 114 Stimmen. Darauf wird § 2 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 3 gibt dem Bundestatsrat die Ermächtigung, für Waaren, deren zollamtliche Untersuchung besonders schwierig ist, bestimmte Zölle abfertigungsgemäßen vorzuschreiben.

Abg. Gothein (fr. Vg.) beantragt einen Zusatz.

Der Zusatzantrag Gothein wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, § 3 in der Kommissionsfassung angenommen.

In § 4 beantragen die Sozialdemokraten, daß Zollbeträge von weniger als 20 Pf. nicht zu erheben sind (Vorlage: 5 Pf.). Ferner soll die Befugnis des Bundestatsrats gestrichen werden, im Fall des Mißbrauchs bei Waarenmengen von unter 50 Gramm für einzelne Waarenmengen oder Grenzstellen Beschränkungen der Zollfreiheit anzuordnen.

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.): Zollbeträge unter 20 Pf. sind für den Schutz der Landwirtschaft und Industrie sicher bedeutungslos. Unser Antrag will das Recht der armen Grenzbevölkerung, die die äußerste Noth zwingt, weite Wege zu machen, um jenseits der Grenze um ein paar Pfennige billiger einzukaufen, gesetzlich festgelegt wissen. Es kommen nur Quantitäten von 1/2 bis 1 Kilogramm Fleisch, Speck, Kaffee u. s. w. für die zollfreie Grenzüberquerung in Betracht. — Die rigorose Handhabung der Grenzverste, wie z. B. bei uns in Sachsen üblich ist, nöthigt uns zum Mißbrauchen gegenüber den Freisinnigen, wie sie die Kommission dem Bundestatsrat empfehlen will. Der Unterstaatssekretär v. Fischer sagte in der Kommission, die geringe Erbsparnis, die die Leute mit dem Einkauf jenseits der Grenze machen, werde in Schnaps angelegt. Dieses Argument ist ja auch bei Unternehmern sehr beliebt, die sich gegen höhere Löhne sträuben. — Das Elend, die Armut, die ständige Unterernährung der Bevölkerung des Erzegebietes — die sogenannten Kartoffelbauern sind dort eine allgemeine Erscheinung — sind so sprichwörtlich, daß man doch nicht davor an chemischer Unterernährung lebenden Leuten durch weitere Erhöhung des Grenzversteßes die Lebensmittel noch weiter vertheuern sollte. Es kommt hinzu, daß in denselben Gegend neue Kohlenfelder eingetreten sind. Eine große Unruhe hat sich schon

der dortigen Bevölkerung bemächtigt. Für die arme Bevölkerung der Grenzgebiete kommt die Preisdifferenz, die z. B. beim Fleisch zwischen Bayern und Sachsen malist, sehr in Betracht. Ihr Gerechtigkeitsgefühl sollte Sie veranlassen, diesen unseren Antrag anzunehmen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem theilt mit, daß ein Antrag Singer (Soz.) auf namentliche Abstimmung über Abs. 3 des § 4 (Befugnisse des Bundestatsrats) eingelaufen sei.

Ferner beantragen die Abg. Metzsch (kons.), Camp (Reichsp.) und Spahn (Zentr.) Schluß der Debatte. (Lebhafte Unruhe links.)

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Arm rechts.) Der Antrag wird von Sozialdemokraten und Freisinnigen unterstützt. (Erneuter Arm rechts und im Centrum.)

An der Abstimmung nehmen 247 Abgeordnete Theil. 169 darunter die Nationalliberalen) stimmen für, 76 Abgeordnete gegen den Schlußantrag. 2 enthalten sich. Der Schlußantrag ist also angenommen.

In einfacher Abstimmung wird der Theil des Antrages Albrecht, der die Zollfreiheit bis 20 Pf. erstreckt wird, abgelehnt.

Der zweite Theil des Antrages Albrecht (Befugnisse des Bundestatsrats) wird in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Die Polen stimmen mit der Linken.

§ 4 wird hierauf unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 5 zählt in einer langen Reihe von Abschnitten diejenigen Gegenstände auf, welche vom Zoll befreit werden sollen. Dergleichen eine Anzahl sozialdemokratischer Anträge vor.

Abg. Sped (Ztr.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen über § 5.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Für den Fall, daß das Haus nicht dem Beispiele der Kommission folgen und die Gegenstände getrennt zu behandeln gedenkt, stelle ich einen dahingehenden Antrag. Zunächst verzichte ich darauf, diesen Antrag zu begründen, da ich hoffe, daß das Haus meiner Anregung folgen wird.

Präsident Graf Ballestrem: Mit Ausnahme des § 1 haben wir bisher jeden Paragraphen in seiner Gesamtheit diskutiert. Wünscht Herr Singer jetzt ein anderes Verfahren, so hat das Haus darüber zu entscheiden.

Abg. Singer (Soz.): Die Diskussion über § 1 ist nach meiner Erinnerung abgelaufen, ja zitternd erfolgt. (Sehr richtig! links.) Die einzelnen Abschnitte behandeln die allerwichtigsten Gegenstände. Wer über alle diese Gegenstände sprechen will, der braucht eine so unendlich lange Zeit, daß es in der That eine Zeitersparnis für das Haus bedeutet, wenn Sie unseren Wunsch nachkommen. (Lachen rechts, sehr richtig! links.) Mindestens verlangt die Billigkeit, den Antragstellern das Wort zur Begründung zu geben, wenn Sie nicht den Sinn einer parlamentarischen Verhandlung in sein direktes Gegenteil verkehren wollen. (Gr. Unruhe rechts.) Ich erinnere Sie an ein Wort, das in der Kommission gefallen ist. „Mit diesem Tölpel-Tölpel-Tölpel müßen Sie den Verhandlungen wirklich nichts.“ (Sehr richtig! links.) Sollte aber nicht getrennt diskutiert werden, so werden wir uns genöthigt sehen, Ihre Zeit durch namentliche Abstimmungen in Anspruch zu nehmen. — Sehen Sie (nach rechts) sich doch bitte den § 5 an! Ich hoffe doch, daß jeder der Herren eine Zolltarifvorlage besitzt. (Unruhe rechts.) Ich würde die beliebige Vermuthung auszusprechen gar nicht wagen, daß eine dieser Herren den § 5 überhaupt nicht gelesen hat. (Weiter links bei den Soz., Unruhe rechts.) Aber ich muß wiederholen, daß es geradezu unmöglich ist, denartiger heterogener Dinge, wie Erzeugnisse des Ackerbaues, gebrauchte Wäsche, gebrauchte Maschinen, gebrauchte Koffer und Reiseutensilien, Orden, Flaggen, Wappenschilder (Weiter links) in eine Diskussion aufzunehmen. Die Redner, die über alle Gegenstände sprechen müssen, werden so lange Zeit gebrauchen, daß von einer Abfertigung der Debatte keine Rede sein kann. Es müßte denn sein, daß die Mehrheit die Taktik, immer nur einen Redner sprechen zu lassen, zum Prinzip zu erheben gedenkt. Wir haben heute gegen diese Taktik durch einen Antrag auf namentliche Abstimmung protestirt, weil außer uns allen übrigen Parteien durch den Schlußantrag das Wort abgechnitten wurde. Wir können diese Mandatodmachung der übrigen Parteien in keiner Weise zugeben. (Lachen rechts und im Zentr.) Die Majorität sollte sich doch nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß sie nur abstimmt, aber nicht einmal die Gründe der Gegner hören will. Namentlich das Centrum hätte doch allen Grund, die anschlagenthebe Stellung, die es jetzt bezieht, nicht zu mißbrauchen, da ihm diese Stellung nicht für alle Ereignisse garantiert ist. Ich beantrage geforderte Verhandlung der Herren, zu denen wir Anträge gestellt haben, und

gleich namentliche Abstimmung über diesen Antrag. (Große Unruhe und Gelächter rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich glaube die Geschäftsordnung stets richtig gehandhabt zu haben. Ich habe den Paragraphen 5 gelesen (Weiter links) und auch die Amendements, die die Herren dazu gestellt haben. Diese Amendements sind zum Theil redaktioneller Natur, theils stehen sie mit der Sache nicht in durchaus engem Zusammenhang. (Hört! hört! im Centrum.) Ich glaube, daß auch sachliche Gründe dafür sprechen, die Abschnitte nicht getrennt zu behandeln.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Ich denke, wir handhaben die Geschäftsordnung hier, wie wir sie sonst in entsprechenden Fällen gehandhabt haben. Ich sehe nicht ein, warum wir hier anders verfahren sollen. Der Gedanke, der durch alle diese Nummern geht, ist doch der, daß Zollfreiheit durchgeführt wird. Die gestellten Anträge können von einem Redner Abschnitt für Abschnitt begründet werden, die Debatte wird dadurch nur gewinnen. (Unruhe links.) Beim letzten Paragraphen wurde Schlußantrag gestellt, weil nur noch sozialdemokratische Redner sich zum Worte gemeldet hatten. (Lebh. Rufe links: Ist nicht wahr! Abg. Brömel (fr. Vg.): Ich hatte mich zum Wort gemeldet.)

Abg. Barth (fr. Verein.): Wir sind genöthigt, auf getrennter Verhandlung zu bestehen, weil die Herren auf jener Seite, wie wir eben gesehen haben, gleich mit Schlußanträgen bei der Hand sind. Diese Methode des beheltemischen Kindermoders (Stürmische Weiter links; große Unruhe rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich erlaube mir zu bemerken, daß dies ein parlamentarischer Ausdruck ist, der aus England stammt. (Stürmische Weiter links.)

Abg. Dr. Barth (fortfahrend): Ich danke für diese Erklärung. Bisher nahm ich an, daß der beheltemische Kindesmoder aus der Bibel stammt. (Stürmische Weiter links.) — Eine derartige Methode, wie Sie sie zur Anwendung bringen, zwingt zu Zwangsbekanntgeben. Es ist für einen Redner unmöglich, alle diese Gegenstände in einer Rede zu behandeln. (Rufe rechts: Stadthagen!), selbst wenn ein so gründlicher Redner, wie mein verehrter Kollege Stadthagen, sich dieser Aufgabe unterzieht. Ich muß daher den Antrag unterstützen, die Herren, zu denen Anträge vorliegen, besonders zu diskutieren. (Bravo! links.)

Abg. Stadthagen (Soz.) (mit Arm rechts empfangen. Die ersten Sätze bleiben unverändert. Rufe rechts: lauter.) Meine Herren, wenn Sie leiser sind, werden Sie alles verstehen können, es sei denn, Sie hielten sich die Ohren zu. (Weiter links.) Unsere Anträge sind theilweise in der Kommission noch nicht gestellt, sondern nur angeregt. Wir wurden sogar von der Mehrheit darauf hingewiesen, solche Anträge zu stellen, weil sie Annehmlichkeiten finden würden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Nach den Vorgängen, die wir bisher erlebt haben, muß man befürchten, daß nur ein sehr geringer Theil der Abgeordneten der Begründung sämtlicher Anträge zuhört, wenn in der That eine Zusammenfassung erfolgt. Sämtliche unabhängige Staatsrechtler sind aber in der Auffassung einig, daß nicht weiter verhandelt werden darf, wenn das Haus in Saale nicht beschlußfähig ist. (Große Unruhe rechts.) — Nach Herrn Spahn würden wir eigentlich den ganzen Tarif einfach in zwei getrennten Abschnitten verhandeln: Position 1—200, die zollfrei bleiben und 700 Positionen mit Zöllen. Die Methode der Theilung haben Sie aber beim § 1 auch nicht befolgt, Sie haben dort über Rinder und Getreide getrennt verhandelt, trotzdem beide mit Zöllen belegt waren. — Herr Spahn möge uns doch zum Mindesten die Gründe darlegen, aus denen heraus er in der Kommission für die getrennte Verhandlung der Abschnitte gestimmt hat. Er hat doch dort mit mir zusammen nur Alles gethan, was im Interesse der Beschleunigung der Sache lag. (Große Weiter links.) Von dem Grundsatze „sachlich, gründlich und schnell“ wollen wir auch hier im Plenum nicht abgehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brömel (fr. Vg.) konstatiert, daß beim vorigen Paragraphen nicht bloß sozialdemokratischen Rednern, sondern auch ihm das Wort abgechnitten sei. (Hört, hört! links.) Die rücksichtslose Anwendung der Geschäftsordnung gegen mich ist um so ungerechtfertigter, als ich mich getrennt verpflichtet hatte, nicht länger als 20 Minuten zu sprechen. (Große Weiter links.) Für jede Minute länger sollte ich 1 Mt. zahlen, wie mir ein Schriftführer scherzhaft vorschlug. Als ich die Tribüne verließ, sagte mir dieser Schriftführer, Herr Dr. Paasche, daß ich noch 3 Mt. herausbekäme. (Stürmische Weiter links.) Die ganze Frage berührt die erheblichsten Interessen unserer ärmsten Bevölkerungsklasse. Es war also doppelt rücksichtslos, die Diskussion in dieser gewaltigen Weise abzuschneiden. (Sehr richtig! links.) Unter Widerspruch gegen den Vorschlag des Herrn Präsidenten füßt sich auf rein sachliche

Aus aller Welt.

Von der „goldenen Jugend“ berichtet das „Jenauer Volksblatt“: Ueber neue Blüten adelicher Bildung konnten die Anwohner der Saalstraße sowie Passanten erbauliche Bemerkungen anstellen. Dießmal geben ihr Besitz eine Anzahl wohlhabender „Sachverständigen“, die um die erwünschte Zeit ihre Anwesenheit damit verschaffen, daß sie leere Weinflaschen durch die geschlossenen Fenster auf die fast frequenter Straße werfen, wodurch sehr leicht schlimme Folgen herbeigeführt werden können. Natürlich ging der große Lärm nicht ohne entsprechenden Straßenschrei von Statten; mehrere der Herren wurden dabei in den Fenstern, die vorne nach der Straße zu gekehrt und allerschwerdelt mit einem nach der Straße gerichteten Kinderhaken beiseite geschoben, womit der beschuldigte Jüngling erreicht war. Aus dem Mundschrei des Hausbesitzers wurden einige dieser Straßenschreie, welche die Polizeibeamten zum Einschreiten veranlassen, mit Gewalt entfernt worden. Ein aus einer Studentenwohnung in der Saalstraße herabhängender kleiner Hundstopp wurde beim Vorübergehen von einem Polizeibeamten erfaßt. Die vier erfaßten, gelben Hündchen „gehorchten“ demoralisatorisch einem gegenüber vorbeiziehenden Bürger, der sich gewarigert haben soll, seine möblirten Zimmer an Kommissarien seiner Statuten abzugeben.

Von dem Köln-Berliner H-Zuge wurden in der Nähe der Station Chermar drei Knaben im Alter von 8—11 Jahren erfaßt und völlig zermalmt. Die Kinder hatten die geschlossene Barriere geöffnet und den Lokomotivführer als der Schreckensbildlich eine Karre passirt. Der Bahnwärter trifft keinerlei Schuld.

Ueber einen schweren Jagdunfall wird aus Dirschau gemeldet: Auf der Fährinsel 5000 Yards wurde der praktische Jagd Dr. Dobbertin aus Sierakowis von dem Schweiß eines anderen Jägers getroffen. Die ganze Schrotladung drang ihm in die Lunge, so daß der Tod in kurzer Zeit eintrat.

Eine bestialische Mutter. Man erzählte mir, daß bei im Dorfe Patschinsk, 15 Meilen von Moskau, wie uns berichtet wird, eine 42jährige Bäuerin erkrankte. Sie unterhielt nach dem Tode ihres Mannes seit 18 Jahren intime Beziehungen zu ihrem Schwager. Nachdem dieser vor kurzem gestorben war, zeigte der 20jährige Tochter der Bäuerin den Behörden an, daß ihre Mutter in den letzten Jahren einen Kinder geboren und diese jämmerlich gleich nach der Geburt ertränkt habe. Das Mädchen gab an, sie habe am deshalb zu diesen Gräueln geschwiegen, weil die Mutter und der Onkel sie mit dem Tode bedroht hätten, falls sie etwas vernehme. Jedemal vor der Geburt eines Kindes sei beim Onkel eine Grube gegraben worden. Gleich nach der Geburt habe es die Mutter das Grabchene ertränkt und der Onkel es verscharrt. Die behördliche Untersuchung ergab die Richtigkeit dieser Aussagen. Zwei Kinderleichen wurden in einer Grube vor dem Ofen gefunden. Die Verbrecherin ist gefänglich und erlittet alles dadurch, daß sie materiell von dem Schwager abhängig gewesen sei und sich seinem Willen unterwerfen mußte. Die drei übrigen Kindesleichen soll nach Angabe der Bäuerin der Schwager auf dem Felde vergraben haben.

Eine unangenehme Ueberraschung bot Mittwoch Nachts das Leben eines in den Wäldern der Schlacht- und Diebstahl-einzelnen Wagners. In diesem wurden nämlich außer toden Kälbern, Rebhunden und Haken von Badhoe aus auch mehrere lebende Schweine, die in einer getrennten Abteilung untergebracht waren, mitschleppt. Während der Fahrt gelang es nämlich den Schwärmen, aus ihrem verschlossenen Kasten auszubrechen und sich über die toden Thiere herzumachen. Jedoch bei Anfunft des Wagens zwei Kälber von ihnen vollständig aufgefressen waren und das Blut sammt und londers mehr oder weniger angegriffen war. Den Schaden hat die Eisenbahnbewachung zu tragen.

Die wandernden Tuchhändler von Abend des 3. November in der Nähe von Amdam von einem heiligen Schneesturm erfaßt worden. Sie mußten die Nacht unter sehr unangenehmen Umständen in einem Waldschutzhause verbringen, wo sie der ganzen Gewalt des Sturmes ausgesetzt waren, vor dem ihre dünnen Feinwandstoffe nur unzureichend Schutz gewährten. Die Leute sind zum Theil zu Herpuzen abgekommen. Einige lenden an Vongensgütern, und der Zustand aller ist außerordentlich jämmerlich. Trotzdem bekamen die Führer bei ihrem Entschluß, nach Winnipeg weiter zu marschieren, da sie dort Jesus retten würden. Die ewige Natur, die sie auf dem Marsche haben, sind wie Berren, unter toden und toten runde Nahrungsmittel, die ihnen die Bevölkerung spendet. Die Führer nahmen am Morgen des 4. November ihren Marsch nach dem Thier wieder auf.

Die Anwendung der Folter in spanischen Gefängnissen ist schon wiederholt nachgewiesen worden. Jetzt berichtet das Berliner Blatt „El Mundo“ von spanischen Vorgängen, die sich in dem inhumansten Induktions-Belagerung vor einigen Tagen abspielte haben sollen: Ein spanischer Herr Herr Pedro Herr wurde wegen Diebstahls, seiner Verurteilung eine Summe Geldes entwendet zu haben, verurteilt und eingekerkert. Zwei Genbarmen nahmen sich vor, ihm zur Angabe des Diebs, wo er das Geld verstaht habe, zu bringen. In dem Versteck brachten sie ihn in eine unterirdische Zelle, schmeideten ihn mit einer eisernen Kette an die Wand und umhüllten ihn so lange mit Händen und Füßen, bis sie vor Ermüdung einhalten mußten. Als sie noch immer kein Geständnis erzielten, legten sie dem Mann eine Koffschraube an und zogen sie so lange an, bis der Gefolterte schließlich über dem Kopf die Besinnung verlor. Indessen kamen die übrigen Gefangenen, die den Gefolterten vernommen, zum Einschlagen. Der Richter wurde beherausgerufen und stellte den Angeklagten fest. Die Genbarmen wurden unter Anklage gestellt.

Italienische Epistuben-Gesellschaft „aus besseren Kreisen“ eingefangen. Die Polizei in Anagnino wurde benachrichtigt, daß dabeil in einem bestimmten Hause eine Besinnung der Ruffia stattfände. Die Polizei umstellte das Haus, und es gelang, 40 Mitglieder der Ruffia nach stünger Gegenwehr

zu verhaften. Bei einer hierauf vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden eine Mitgliederliste und die Statuten der Gesellschaft beschlagnahmt.

Ein furchtbarer Fall von Synchusit ereignete sich, wie aus Aem gemeldet wird, in der Datschast Pabatschewa. Die durch formidabel Pferdebediebstahl erbiterte Dorfbewohnerung schlug fünf Personen, die sie beim Pferdebediebstahl ertrappten, so lange mit biden Stöcken, bis sie todt waren.

Ein Einbruch wurde Mittwoch Nachts in dem Proviantamt bei der Welle „Steinmetz“ bei Metz verübt und dabei der Geldschrank mit einem Inhalt von mehr als 800 Mt. gekostet. Der Geldschrank wurde Donnerstag Morgen auf dem Glacis gefunden. Das Geld ist verschwunden.

Die Opfer der Explosion. Die Zahl der bei der Explosion in der Nähe von Madison Square Verwundeten beträgt 80. Mehrere sind so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Im Vallemun-Hospital wurden am 5. November allein sieben Beine amputirt; mehreren Personen mußten die Hände abgenommen werden.

Die Hingeleitung einer Gule. Aus Honolulu wird dem Pariser „New York Herald“ gemeldet: Als der Dampfer „Tamnico“ von Seattle zurückkehrte, setzte sich ein Vogel auf das Deck. Es war eine Gule von etwa 1 Fuß Höhe. Der Vogel besaß sich damals 750 englische Meilen vom Lande entfernt und war völlig erschöpft. Er war bald wieder gekräpft und wurde seitdem in einem Käfig gehalten.

Die Frau mit dem Bart, eines der Weltwunder des Jirkus Parnum, ist in Amerika gestorben. Nach einem alten Volksglauben besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen unwillkürlicher Kahlheit und einem starken Haarwuchs: man hält allgemein einen stark behaarten Mann für besonders kräftig. Bei Frauen scheint aber dieser geheimnißvolle Einfluß des Haares nicht vorhanden zu sein, denn eine Frau (so hieß die Frau mit dem Bart), starb an der Schwindsucht. Sie verdiente 800 Mt. wöchentlich, was schon ein ganz hübsches Einkommen ist, und es kann nicht Wunder nehmen, daß sie bei einem solchen Einkommen drei Männer fand. Ein Beweis dafür, daß es nicht nur Männer giebt, die ihren Frauen „gehorchen“, die Höhe zu tragen, sondern auch solche, die nichts dagegen haben, wenn die schönere Hälfte auch den Bart trägt.

Litteratur.

Ueber „Schäfer Thomas Cillis Hautthierarzt auf dem Lande“ (3. Auflage) schreibt der Verlag von G. Schall in Wieslau: Jeder Viehhalter sollte sich das Buch anschaffen, zumal es manchen Rathschläge zur Heilung der am häufigsten vorkommenden Krankheiten beim Vieh und zur Verhütung von größerem Unglück enthält. Es ist nicht nur den Viehhältern auf dem Lande, sondern auch denen in der Stadt zu empfehlen. Dasselbe hat 154 Seiten und ist der Preis von 1 Mark gewiß billig.